

10.11.1997

Antrag

der Fraktion der CDU

Zwangshelegungsverordnung für Sozialwohnungen muß aufgegeben werden

- I. Zum 1. Oktober 1997 hat die Landesregierung für vier Jahre eine Verordnung in 36 Städten Nordrhein-Westfalens erlassen, die die Städte ermächtigt, Sozialwohnungen zwangszubelegen. Dieses Belegungsrecht geht über das ohnehin schon bestehende 10- bis 15jährige Belegungsrecht der Kommunen hinaus.

Sowohl kommunale Spitzenverbände (Städte- und Gemeindebund, Landkreistag) als auch die Wohnungswirtschaft haben deutlich gemacht, daß sie den Abschluß von Belegungsvereinbarungen oder freiwillige Vereinbarungen bevorzugen. Zudem erfordere eine Zwangsbelegungsverordnung einen hohen bürokratischen Aufwand und sei sozialpolitisch unsinnig.

Die Investitionsbereitschaft in den Neubau von Mietwohnungen wird angesichts neuer bürokratischer Gängelung rückläufig sein.

Mit der neuen Verordnung wird auch eine Verhandlungslösung zwischen den Gemeinden und den Unternehmen vor Ort angeboten. Gerade in kleineren oder Einzelwohnungsbeständen können sozialverträgliche Härten auftreten, wenn die örtlichen Wohngemeinschaftsstrukturen unzureichend berücksichtigt werden. Damit ist der Frieden in vielen Mietshäusern gefährdet.

Der Landtag ist der Auffassung, daß die Mängel auf dem nordrhein-westfälischen Wohnungsmarkt nicht durch restriktive Maßnahmen zu beheben sind, sondern nur durch eine fortdauernde Stimulierung der Bautätigkeit. Durch ständige neue Zwangsmaßnahmen werden Investoren in Nordrhein-Westfalen abgeschreckt.

Datum des Originals: 10.11.1997/Ausgegeben: 10.11.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

- II. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, daß in bilateralen Gesprächen eine Verhandlungslösung mit den Wohnungsgesellschaften getroffen wird. Die Zwangsbelegungsverordnung nach § 5 a Wohnungsbindungsgesetz entfällt damit in 1998.

Dr. Helmut Linssen
Siegfried Zellnig
Franz-Josef Balke
Brunhild Decking-Schwill
Alfons Löseke
Ursula Monheim
Franz Riscop
Bernhard Schemmer
Bernd Schulte
Willi Zylajew

und Fraktion